

# Online-Angebote von Staat, Parlament und Medien Zum Stellenwert abstimmungsbezogener Diskussionsforen

*Online-Angebote von Regierung und Verwaltung zielen unter anderem darauf ab, Bürger und Bürgerinnen in die Kommunikation über gesellschaftliche Fragestellungen einzubeziehen. Im Falle von Diskussionsforen zeigt sich allerdings, dass diesen Angeboten nur wenig Aufmerksamkeit vergönnt ist: Die Nutzung hält sich in Grenzen und das Interesse an der Diskussion im Internet ist gering.*

## 1 Staat und Online-Kommunikation

Kommunikative Aktivitäten des Staates erfolgen aus verschiedenen Motiven. Mit gezielter Kommunikation soll die Bevölkerung auf Entscheide hingeführt, eine bestimmte Politik vorbereitet, ein Regierungsentscheid vermittelt, ein politischer Prozess gesteuert, Deliberation und Partizipation in der Demokratie gestärkt, die Stellung des Staats legitimiert oder ein Integrationsbeitrag geleistet werden, indem Bürger und Bürgerinnen stärker in die Politik einbezogen werden (vgl. Czerwick 1998: 489; Gebauer 1998: 464ff.; Jarren/Donges 2002: 164). Dazu bedienen sich Regierung und Verwaltung verschiedenster Formen medialer und nichtmedialer Kommunikation. Eines von zahlreichen Mitteln ist die Online-Kommunikation, eine besondere Ausprägung davon sind Diskussionsforen zu politischen Themen. Online-Foren staatlicher Stellen sind insofern eine spezielle Form von Kommunikation, als dass der Staat eine Plattform bereit stellt, die Diskussion aber weitgehend den Bürgern und Bürgerinnen überlässt. Als Träger respektive Anbieter einer Diskussionsplattform induziert der Staat lediglich die Kommunikation.

Welche Bedeutung Diskussionsmöglichkeiten wie Online-Foren für die Staatskommunikation entfalten können, wird in diesem Beitrag behandelt. Um Aussagen über den Stellenwert von Online-Foren staatlicher Stellen machen zu können, empfiehlt es sich, diese mit Angeboten anderer Träger zu vergleichen. Dies wird in einer Auseinandersetzung mit den Internetauftritten von Staat, Parlament und Medien getan. Die These ist dabei, dass sich die Diskussionen je nach Trägerschaft respektive Anbieter des Forums unterschiedlich gestalten und verschiedene Bedeutungen erfahren. Es stellt sich also nicht nur die Frage, wie sich Diskussionen im Internet allgemein gestalten, sondern insbesondere, welche Eigenschaften sie hinsichtlich unterschiedlicher Trägerebenen aufweisen. Herbeigezogen werden die Ergebnisse einer früheren Untersuchung<sup>1</sup>, in der die Online-Foren des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA, [www.eda.admin.ch](http://www.eda.admin.ch)), des Schweizerischen Parlaments ([www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)) sowie der «Basler Zeitung» (BaZ, [www.baz.ch](http://www.baz.ch)) analysiert wurden. Diese drei Anbieter richteten im Vorfeld zur Abstimmung über den UNO-Beitritt der Schweiz (3. März 2002) ein Diskussionsforum ein, in denen die Schweizer

Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung über den allfälligen Beitritt frei äussern konnten. Aus 230 Beiträgen, die zwischen dem 8. Januar und dem 2. März 2002 verfasst wurden, wurden mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse verschiedene Aspekte der Diskussionskultur herausgearbeitet. Als Vergleichsgrösse wurden aus dem «Tages-Anzeiger» 100 Leserbriefe sowie für das Jahr 2001 die gesamte Berichterstattung zur Abstimmung ausgewertet (42 Artikel). Aufgrund dieser Datenlage können Angaben über die Zielsetzungen der Foren, über die allgemeinen Merkmale der Online-Debatten sowie über die wichtigsten Unterschiede zwischen den Foren bezüglich Nutzung und Diskussionskultur gemacht werden.

## 2 Diskussionsforen von Staat, Parlament und Medien

### 2.1 Zweck der Online-Foren

Diskussionsforen können aus verschiedenen Beweggründen eingerichtet werden. Die Verantwortlichen der Online-Ausgabe der BaZ gaben als Ziel des Forums «die Diskussion des kontroversen Themas UNO-Beitritt, den Meinungsaustausch, die Meinungsbildung und den Community-Gedanken» an. Unbestimmter blieb das Schweizer Parlament mit dem Vermerk, nach dem UNO-Forum – dem ersten Diskussionsforum auf der Website – künftig zu allen wichtigen Abstimmungsvorlagen ein Forum aufschalten zu wollen. Im Vordergrund dürfte auch hier die Idee des Meinungsaustausches und der Meinungsbildung gestanden haben. An anderen Zielsetzungen hielt das EDA fest: «Es war das Ziel des Bundesrates, im Rahmen des Beitrittsprozesses zur UNO einen Dialog mit der Bevölkerung zu führen. Dieser fand u.a. auf der Internetseite statt.»<sup>2</sup>

Diese Aussage verweist auf die Ansprüche der Staatskommunikation, die zu Beginn genannt worden sind: Hinführung der Bevölkerung zu Entscheiden, Deliberation, Partizipation, Legitimation von Regierung und Verwaltung und Transparenz. Besonders hervorzuheben gilt das Bemühen um eine Entscheidungsvorbereitung nach aussen, d.h. in Richtung Stimmvolk. Die «Integrationsabsicht» lässt sich an der Laufzeit des Forums erkennen: Es wurde 20 Monate vor dem – damals noch unbekanntem – Abstimmungstermin eröffnet und war lange Zeit das einzige seiner Art. Es war also das Ziel des EDA, die öffentliche Debatte schon frühzeitig zu fördern – anders als bei den übrigen Foren,

